

Artikel vom 08.01.2023

Pressemitteilung

Mittelstand begrüßt Ergebnisse der CSU-Klausur in Seeon



Mittelstand begrüßt Ergebnisse der CSU-Klausur in Seeon – „Zentrale Forderungen des Mittelstandes aufgenommen“

München – Der Mittelstand begrüßt die Ergebnisse der Klausur der CSU-Landesgruppe im Bundestag vom Wochenende im oberbayerischen Kloster Seeon. „In den Beschlüssen finden sich wesentliche Forderungen des Mittelstandes zur Stärkung von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Sozialsystemen wieder. Wir brauchen dringend Wachstumsimpulse statt rot-grün-gelben Ideologiemief“, sagte der Vorsitzende der Mittelstands-Union (MU), Sebastian Brehm, am Sonntag in München. Als wesentliche Punkte nannte er die Senkung von Unternehmensteuern insbesondere für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, deutliche Verbesserungen der Abschreibungsmöglichkeiten zur Stärkung der Investitionskraft, die Stärkung von Start-up-Unternehmen in der Wachstumsphase sowie die Sicherung der Energieversorgung „ohne ideologische Scheuklappen“.

Brehm begrüßte zudem die Forderung nach einer kostenlosen Meisterausbildung. „Dies ist nicht nur ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung der beruflichen Ausbildung, sondern ein Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung von beruflicher und akademischer Bildung. Es ist auch ein deutliches Signal in die Gesellschaft für die Wertigkeit nicht-akademischer Berufe“, sagte der

Mittelstandsvorsitzende. Stärkere Anreize für eine freiwillige Arbeitsverlängerung über das Renteneintrittsalter hinaus könnten zudem zur Behebung des Fachkräftemangels beitragen.

Die mittelständische Wirtschaft leide nicht nur unten einem Mangel an Fachkräften, sondern auch an einem Übermaß an Bürokratie und Regulierungen, sagte Brehm: „Gerade kleine und mittlere Unternehmen beschäftigen sich schon heute mehr mit den Folgen von Bürokratie und Regulierungswahn als mit der eigenen Zukunft“, kritisierte Brehm. Die Lösung hierfür könne nicht nur Digitalisierung lauten. „Hier brauchen wir eine drastische Lichtung des Regulierungsdschungels“, betonte er. Dazu gehöre auch unnötige Planfeststellungsverfahren vermeiden, Verfahrensschritte verkürzen und Ersatzneubauten von der Planfeststellung zu befreien. Sonst werde Deutschland – gefangen im eigenen Regierungsdschungel – den Anschluss verlieren.